

Stiefmütterlich

Forschung zum Thema "Linksextremismus" in der Bundesrepublik

von Claus-M. Wolfschlag

Die Forschung zum "Extremismus" in Deutschland befindet sich offenbar ebenso in einer Schieflage wie die mediale Aufmerksamkeit zum Thema. Zumindest wird das immer wieder in kritischen Presseartikeln tendenziell konservativer Autoren angemahnt. Selbst der "Extremismus"-Forscher Eckhard Jesse, der mit Vertretern des Verfassungsschutzes kooperiert, beklagte mehrfach die offensichtliche Begünstigung des "Links-" gegenüber dem "Rechtsextremismus" in Politik, Medien und öffentlicher Wahrnehmung. (1) Während die Beschäftigung mit "Rechtsextremismus" überproportional aufgebläht erscheint, findet "Linksextremismus" weit weniger Beachtung in Forschung und Medien. Das Schlagwort "Rechtsextremismus" lieferte im April 2014 im Online-Katalog der Deutschen Nationalbibliothek 1051 Einträge. Dem standen 78 Einträge zum Schlagwort "Linksextremismus" gegenüber. Diese Schieflage zeigt sich beispielsweise auch in dem von anonymen Autoren getragenen Online-Nachschlagewerk "Wikipedia", das zwar nicht als Quelle seriöser Wissenschaft dienen kann, aber in seinen Aussagen gut die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse widerspiegelt: "Der Ausdruck `Rechtsextremismus´ taucht in 1423 Artikeln auf, `Linksextremismus´ aber nur in 122; `Rechtsradikalismus´ in 312, `Linksradikalismus´ in 43; `Rechtspopulismus´ in 109, `Linkspopulismus´ in 13." (2)

Das Ungleichgewicht steht weder in berechtigtem Zusammenhang mit der Anhängerschaft noch den im jeweiligen Milieu verübten Gewalttaten. Und da bezüglich des "Rechtsextremismus" die Straftatbestände im Bereich der politischen Propaganda viel schärfer formuliert sind, kann man eine reine Straftatenstatistik nicht zum Vergleich der beiden "Extremismen" heranziehen. Es wird schlicht mit unterschiedlichem Maß gemessen. Wird folglich beim "Linksextremismus" auch von Mitgliedern etablierter Parteien häufig zwischen den anerkannten Bündnispartnern dieses Spektrums und vereinzelt Gruppen von Gewalttätern unterschieden, deren Handlungsformen man zumindest offiziell missbilligt, so spielt konkretes Verhalten in der Einschätzung des "Rechtsextremismus" keine Rolle. Er wird vielmehr grundsätzlich missbilligt, als Meinung, die schon keine Meinung mehr sei, "sondern ein Verbrechen", wie eine immer noch im gesamten linken Spektrum gebräuchliche Parole lautet, von der auf Regierungsstühlen sitzenden SPD, über die Gewerkschaften, bis zur DKP. (3) Im Rahmen dieser Diskussionskultur wird auch abnehmend zwischen "Rechtsextremisten", "Rechtsradikalen" und "Rechten" unterschieden. Obwohl es eigentlich deutliche Unterscheidungskriterien gibt, die von der Wissenschaft und den Innenbehörden aufgestellt wurden, spielen diese im Sprachgebrauch der Medien kaum noch eine Rolle. Bereits der Begriff "Rechts" wurde faktisch zum Synonym für "Rechtsextrem" stilisiert, wie zum Beispiel das vom Magazin "Stern" und der "Amadeu-Antonio-Stiftung" getragene Projekt "Mut gegen rechte Gewalt" zeigt, dass sich gleichzeitig als "Das Portal gegen Neonazis" öffentlich darstellt. Unterscheidungen werden nicht praktiziert, was mit der Absicht zu tun haben dürfte, das rechtsgerichtete politische Spektrum in toto zu delegitimieren und zu kriminalisieren.

So überrascht es kaum, dass sich die publizierte Forschung zum Thema "Linksextremismus" bis zur Jahrtausendwende sehr spärlich präsentierte. Generell wurde zu dem Thema nur wenig publiziert. Der Verfassungsschutz veröffentlichte gelegentlich Broschüren, in denen der Öffentlichkeit ein Überblick über die "linksextreme" Szene vermittelt wurde. (4) Ebenfalls beschäftigte sich die eng mit Vertretern der Innenbehörden zusammenarbeitende "anti-extremistischen" Schule um die Professoren Uwe Backes und Eckhard Jesse (5) neben den Themen "Rechtsextremismus" und Totalitarismus regelmäßig auch mit dem "Linksextremismus". Dies erfolgte vor allem im Rahmen des seit 1989 von den beiden Politikern herausgegebenen Jahrbuchs "Extremismus & Demokratie". (6) In dieser Lage war es der Bonner Politikologie-Professor Hans-Helmuth Knütter, der als einer der ersten auf den "Antifaschismus" als zentrales Motiv der radikalen Linken in der Bundesrepublik aufmerksam machte. So publizierte er in Band 4 des Jahrbuchs "Extremismus & Demokratie" von 1992 den Aufsatz "Antifaschismus und Intellektuelle", bevor es zum Bruch mit Backes und Jesse kam. Das Fanal zur Beschäftigung mit dem bundesdeutschen "Antifaschismus" hatte er bereits 1991 mit der Herausgabe des kleinen Sammelbandes "Antifaschismus als innen- und außenpolitisches Kampfmittel" (Bornheim 1991) gesetzt. Die Schrift beschäftigte sich in mehreren Aufsätzen mit der kommunistischen Vorfeldorganisation "VVN-Bund der Antifaschisten", mit dem deutschen Linksterrorismus und dessen "antifaschistischer" Selbstrechtfertigung und mit dem manipulativen Gebrauch des "Faschismus"-Vorwurfs in der islamischen Welt. Zwei Jahre später ließ Knütter dieser Schrift das im Ullstein-Verlag erschienene Buch "Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken" (Frankfurt 1993) folgen. Detailliert zeichnete Knütter die Ursprünge des "antifaschistischen" Gedankengutes in den kommunistischen Machterlangungs-Strategien der Zwischenkriegszeit und der Selbstrechtfertigung des SED-Systems auf dem Boden der DDR nach. Dabei belegte er folgende Thesen: Im Gegensatz zum bürgerlich-liberalen "Antifaschismus" vertrete der sozialistische "Antifaschismus" nicht nur moralische Grundsätze, sondern handfeste sozio-ökonomische Absichten zur Veränderung der bestehenden Gesellschaft. Gerade durch den Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks 1989 diene der "Antifaschismus" den ideologisch erschütterten radikalen Linken nun als "gesamtdeutsche Klammer", von der aus die linken Bündnisse auf dem gemeinsamen Nenner zusammengehalten und aggressive Strategien gegen politische Gegner gestartet werden.

Durch Knütter maßgeblich gefördert kam es zu mehreren Arbeiten zum Thema "Linksextremismus". So betreute er unter anderem die 2001 veröffentlichte Dissertation "Das 'Antifaschistische Milieu'". (7) 2002 gab Knütter gemeinsam mit Stefan Winckler das "Handbuch des Linksextremismus" heraus, eine Anthologie, die sich zahlreicher Einzelthemen widmete, von der 68er-Bewegung in der Kirche, über die Repression gegen Heimatvertriebene, bis zur Instrumentalisierung von Popkultur und Internet. 2010 ließ Knütter eine knappe, zusammenfassende Broschüre mit dem Titel "Antifaschismus. Der geistige Bürgerkrieg" folgen.

Nach der Jahrtausendwende nahm die Beschäftigung mit Phänomenen der radikalen Linken und des "Antifaschismus" allgemein etwas an Fahrt auf, wenngleich immer noch quantitativ vergleichsweise sehr bescheidenem Niveau. Die Arbeiten gliedern sich in unterschiedliche Publikations-Typen:

1. Analysen aus dem linken Spektrum

Aus der Publikationsfreudigkeit des Spektrums der radikalen Linken resultierte stets auch eine Fülle an Selbstdarstellungs- und Selbstkritikliteratur. Da zudem die kritische "Linksextremismus"-Forschung bis heute quantitativ eher überschaubar blieb, macht diese Selbstdarstellungs- und Selbstkritikliteratur einen keinesfalls marginalen Teil der publizistischen Aufarbeitung des Themas aus. Einerseits also stellen sich Gruppierungen der radikalen Linken in Jubiläumsbänden, Kongressberichten oder in selbstzufriedenen Rückblicken auf das eigene Wirken selbst dar. Die "orthodox-antifaschistische" "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA) hat beispielsweise in der Vergangenheit einige solcher Arbeiten publiziert. Für das "autonome" Spektrum wurden vor allem die unter dem Pseudonym "Geronimo" veröffentlichten Bücher "Feuer und Flamme" (1995) und "Gut & Asche" (1997) als Beispiele eigener, positiv gestimmter Geschichtsaufarbeitung bekannt. Hinzu kommt die Literatur der "Selbstkritik", worunter hier die interne Kritik an bestimmten Strömungen und Tendenzen innerhalb des linken Spektrums, z.B. des "antifaschistischen Milieus", verstanden werden soll. Häufiger haben sich beispielsweise gemäßigte "Neo-Antifaschisten" mit radikaleren Strömungen des "Antifaschismus" kritisch auseinander gesetzt, etwa 1992 der IG Metall-Vertreter Wolfgang Kowalsky in seinem Buch "Rechtsaußen... und die verfehlten Strategien der Linken". Diese Strömung der Selbstdarstellung und "internen Kritik" fließt auch in wissenschaftliche Arbeiten hinein, die eine gewisse Nähe zum untersuchten Objekt sehr deutlich machen. 2012 promovierte der Politologe Ingo Herbst im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt zum Thema "Militanter Antifaschismus der 80er Jahre". Seine Prüfer waren die Professoren Joachim Hirsch und Roland Roth. Hirsch ist Vorstandsmitglied der Organisation "medico international" sowie Mitglied der Redaktion von links-netz.de, auf deren Internetseite (abgerufen am 14.4.2014) zahlreiche Links zu orthodox-marxistischen, "antifaschistischen" und "autonomen" Gruppierungen zu finden sind, unter anderem zu "indymedia", der "autonomen antifa (f)" oder der "jungen welt". Roth ist aktiv im "Komitee für Grundrechte und Demokratie" und wissenschaftlichen Beirat des "Attac"-Netzwerks. Herbsts Dissertation liefert viele Informationen, wenn auch von eindeutig befreundeter Seite. Teilweise ist die wissenschaftliche Methodik allerdings zweifelhaft. Kritiker des "Antifaschismus" werden mit Hilfe unkritisch verwendeter "antifaschistischer" Literatur ideologisch verortet, beispielsweise unter Verwendung Jens Mecklenburgs "Handbuch des Rechtsextremismus". Die ideologische Position der verwendeten Sekundärquellen wird also nicht thematisiert. Ein weiteres Indiz für den Verfall wissenschaftlicher Standards in diesem Bereich ist die unkritische Nutzung von Artikeln des Online-Nachschlagewerks "Wikipedia" als Sekundärquelle, die offenbar keine Beanstandung bei den Prüfern gefunden hat. Letztlich ist das von anonymen Autoren verfasste Nachschlagewerk, abgesehen von seiner politischen Schlagseite (man vergleiche Anmerkung 2), nicht geeignet, als Zitierquelle einer Doktorarbeit herzuhalten. Schließlich wäre es einem Wissenschaftler leicht möglich, selbst als anonymer "Wikipedia"-Autor Artikel umzuschreiben, um das selbst geschriebene oder einem Dritten in Auftrag gegebene, dann wiederum umgehend als scheinbar objektive Zitierquelle für die eigene Arbeit zu verwenden. Abgesehen davon zeigt Herbst in mehreren Äußerungen deutliche Sympathie zum untersuchten Gegenstand des "militanten Antifaschismus". Er schreibt so: "Es ist sicherlich eine Diskussion wert, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen Gewalt ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung sein kann (...). Ich möchte hier nicht bewerten, ob Gewalt ein legitimes Mittel der Politik sein kann. Beim Kampf gegen Neonazis ist aber in meiner Untersuchung nicht von der Hand zu weisen, dass die angewendete Militanz gegen den erstarkenden Terror von rechts Wirkung zeigte. Insofern ist die Frage zu stellen, ob daraus eine Rechtfertigung abgeleitet werden könnte,

Gewalt anzuwenden. Wenn staatliche Gerichte Neonaziaufmärsche nicht verbieten können oder wollen, dann werden diese Aufmärsche heute oft von zahllosen Menschen blockiert und so unmöglich gemacht. Zivilcourage drückt sich auch in dieser Form aus." (S.207f.) Hier begegnet man also wieder der alten Legitimation des Faustrechts durch die moralisch überlegene Avantgarde, die den "Volonté générale" gegen die "Feinde des Volkes" durchzusetzen bereit ist. Das ganze wird in ein demokratisch wirkendes Neusprech verpackt, in dem von scheinbar neutralen "Menschen" und "Zivilcourage" die Rede ist. (8) Dies findet man ebenso auf Seite 214 der Dissertation: "Es sollte durchaus darüber nachgedacht werden, ob eine militante antifaschistische Organisation den faschistischen Durchmarsch in den Folgejahren von 1989 hätte stoppen können (...) In gewisser Weise waren die 'Militanten Antifaschisten' ihrer Zeit voraus, als sie schon Anfang der 1980er Jahre erkannten, was politisch und organisatorisch notwendig und zukunftsweisend für die linkradikale Szene sein könnte." Auf Seite 217 resümiert Herbst: "Meine Arbeit über die 'Militanten Antifaschisten' hat mir völlig neue Erkenntnisse geliefert. Ich war anfangs überrascht, als ich von der Existenz dieser Struktur erfuhr. Am Ende meiner Recherche und Nachforschungen komme ich nicht umhin, allen Beteiligten großen Respekt zu zollen! Bisher haben die 'Militanten Antifaschisten' ihren Platz in den Geschichtsbüchern nicht einnehmen können. Vielleicht ist es ein Ergebnis dieser Arbeit, dass sich das ändert." Nun bleibt zwar etwas offen, was mit dem Begriff "anfangs" gemeint. Sollte damit der Beginn der Arbeit an der vorliegenden Dissertation gemeint sein, so ist die Aussage von der eigenen Unwissenheit wenig glaubwürdig. Bekanntlich ist der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Frankfurter Universität eine Hochburg des militanten "Antifaschismus", deren Präsenz man als Student kaum entgehen kann. (9) Zudem wird ja auch auf der Redaktionsseite des eigenen Prüfers eindeutig auf diese Gruppierungen verwiesen. Trotz solcher Kritikpunkte liefert eine apologetische Arbeit, wie jene von Herbst, durchaus wichtiges Material zum Gegenstand.

In den Bereich der "internen Kritik" fallen zwei Arbeiten über die Gruppierung der "Antideutschen", die eine Kritik von links vornehmen. So legte der marxistische Theoretiker Robert Kurz 2003 seine theoriekritische Auseinandersetzung über "Die antideutsche Ideologie" vor, 2012 folgte Anton Stengl mit der Schrift "Antideutsche. Entstehung und Niedergang einer politischen Richtung". In beiden Büchern finden sich viele Details zur geschichtlichen Entwicklung dieser Fraktion der radikalen Linken.

Eine Einzeluntersuchung zu einem interessanten Teilaspekt führte Daniel Duben 2009 durch. Ihre inhaltliche Fragestellung ist aus dem Buchtitel ersichtlich: "Millionen für den Linksextremismus? Fördern Projekte gegen Rechts wirklich nur eine andere Form des Extremismus?" Duben zeigt eher auf subtile Weise politische Sympathie mit dem Gegenstand der Untersuchung. So kritisiert er an Fragen zur Unterstützung von "Linksextremisten" durch die Millionen schweren staatlichen Förderprogramme, dass diese wertneutral erschienen, "doch suggerieren sie, dass es in der Bundesrepublik nicht nur ein Problem mit Rechtsextremismus, sondern auch mit Linksextremismus gebe." Duben weist nach, dass die befragten Mitarbeiter des "Netzwerks für Demokratie und Courage e.V." zwar klar links positioniert seien, aber nicht als "linksextrem" bezeichnet werden könnten. Sie stünden somit im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Und Duben geht immerhin so weit, der Frage, ob die Förderprogramme politisch zu einseitig konzipiert seien, Legitimität zuzubilligen. (S. 129ff.) Die entscheidende Frage aber stellt er nicht: Ob nämlich die von den Förderprogrammen und den Mitarbeitern des "Netzwerks für Demokratie und Courage e.V." bekämpften Personen und Einrichtungen wirklich durchgehend "rechtsextrem" sind? Oder ob es sich dabei nicht ebenfalls um viele Personen

handelt, die zwar klar rechts positioniert sind, aber eigentlich im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Ob es sich also um die Kriminalisierung nicht-linker Meinungen handelt, die unter dem Deckmantel des Engagements gegen "Rechtsextremismus" mit zweckentfremdeten staatlichen Fördergeldern unterstützt wird. Auf der Internetseite des "Netzwerks für Demokratie und Courage e.V.", abgerufen am 14.4.2014, findet sich beispielsweise eine Pressemitteilung vom 2.9.2013, die mit "Engagiert gegen Rechts" übertitelt ist. Von "Extremismus" ist also schon gar nicht mehr die Rede. In einer Meldung vom 7.1.2011 über das Buch "Empört euch" des linken Resistance-Kämpfers Stéphane Hessel heißt es auf der Webseite des Netzwerks: "Was zu denken gibt: gemessen an der Einwohnerzahl Frankreichs ist Hessels Buch in Frankreich damit genauso erfolgreich wie hierzulande Thilo Sarrazin mit 'Deutschland schafft sich ab'. 'In Frankreich wurde ein Buch der Hoffnung zum Bestseller. In Deutschland ein Buch der Niedertracht', resümiert dazu Jakob Augstein in seiner Spiegel-Kolumne. Und lässt eine Frage im Raum stehen: 'Wie kommt es, dass die Franzosen Stéphane Hessel haben und wir Thilo Sarrazin?'" Auch hier geht die politische Meinungsbildung weit über die Bekämpfung von "Rechtsextremismus" nach Definition des Verfassungsschutzes hinaus.

2. "Antiextremistisch" orientierte Sammelbände zum Thema "Linksextremismus"

Sammelbände leben natürlich von den Themen und der innovativen Kraft ihrer Einzelbeiträge. Insofern sind qualitative Schwankungen innerhalb der Bücher und bezüglich solcher Bücher in toto natürlich.

2002 fungierte Eckhard Jesse als Mitherausgeber des Sammelbandes "Der missbrauchte Antifaschismus", der die "Lebenslüge der deutschen Linken" aber weitgehend auf das DDR-System und dessen orthodox-kommunistische Anhänger im Westen verengt betrachtete. Das Buch widmete sich also vor allem dem Selbstverständnis orthodoxer Marxisten, thematisierte beispielsweise den "Schwur von Buchenwald", den "Gründungsmythos der DDR" oder die Politik der PDS. Das Geleitwort lieferte der CDU-Spitzenpolitiker Wolfgang Schäuble, was die Kontakte der Herausgeber zur hohen Politik einmal mehr zeigte und eine Begründung für die thematische Verengung des Bandes anbot. Einen anderen Sammelband mit dem Titel "Linksextremismus in Deutschland" veröffentlichte Ulrich Dovermann 2011 im Rahmen der Bundeszentrale für politische Bildung. Dieser Band umfasste ein breiter aufgefächertes und moderneres thematisches Feld. So gab es darin Aufsätze zur Geschichte des linken Radikalismus, zu "Antideutschen", "Autonomen" und zur Israelfeindschaft bei der politischen Linken.

3. "Antiextremistische" Einzel-Arbeiten aus dem Bereich der Jesse-Schule und der Verfassungsschutzämter

Es existiert ein reger Austausch an Autoren und Referenten zwischen den Publikationsreihen der "anti-extremistischen" Schule von Eckhard Jesse und Uwe Backes sowie den Verfassungsschutzämtern (10). Auch den bürgerlichen Parteien nahestehende Institutionen, etwa die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung, sind in diesen Autoren- und Referentenaustausch involviert.

Der "Anti-Extremismus" bearbeitet nicht nur das Feld des "Rechtsextremismus" kritisch, sondern auch das des "Linksextremismus" und hat damit eine legitimierende Funktion in einem liberalen Verfassungsstaat, dessen Image größtenteils auf "Ausgewogenheit" und aktivem Antitotalitarismus beruht.

In diesem Rahmen kommt es somit auch immer wieder zu wissenschaftlichen Einzelveröffentlichungen, die das angesprochene Themenfeld bedienen. Die

Innovationskraft dieser Publikationen ist tendenziell gering. Meist widmen sie sich den auch in den Verfassungsschutzberichten als "extremistisch" beschriebenen Gruppen. Der Publizist Jürgen P. Lang, der bei Jesse an der TU Chemnitz promovierte, untersuchte die Partei PDS (2003) und "Linksextremistische Argumentationsmuster" (2012). Viola Neu, seit 1992 bei der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig, schrieb über das "Janusgesicht der PDS" (2004) und die Wirkung des "Linksextremismus" auf Jugendliche (2012). Tom Mannewitz, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz und Co-Autor Jesses, widmete sich 2012 den Ursachen "linksextremer" Wahlerfolge. Der ehemalige Verfassungsschutz-Referatsleiter Rudolf van Hüllen, der mehrfach als Autor in dem von Backes und Jesse herausgegebenen Jahrbuch "Extremismus & Demokratie" in Erscheinung trat, widmete sich 2012 in zwei Schriften der Konrad-Adenauer-Stiftung den Erscheinungsformen und Kommunikationsmethoden im "Linksextremismus". 2014 veröffentlichte die baden-württembergische Verfassungsschutz-Mitarbeiterin Bettina Blank, ebenfalls bereits als Autorin in "Extremismus & Demokratie" in Erscheinung getreten, ihr Buch "Deutschland, einig Antifa?". Das Buch arbeitet zwar zahlreiche Originalquellen auf, bietet aber inhaltlich wenig wirklich unbekanntes. Auch bei diesem Buch muss man sich des eingeschränkten wissenschaftlichen Wertes vieler "anti-extremistischer" Publikationen bewusst sein. Bei Blanks konkretem Beispiel hat man es ja nicht mit freier politologischer Forschung zu tun, sondern mit einer Arbeit, hinter der mindestens indirekt Interessen staatlicher und politischer Institutionen stehen. Ein Behördenmitarbeiter könnte keine vom vorgegebenen Rahmen abweichende Forschung betreiben, sofern er politisch relevante Themen berührt, selbst wenn er das überhaupt wollte. Das schränkt das Ergebnis aber stets von vornherein ein, denn ein von der erwarteten Norm abweichendes Resultat eigener Forschungen könnte also gar nicht publiziert werden, ohne dass der betreffende Autor seine Förderer oder gar die eigene berufliche Existenz riskiert. Somit stehen auch hinter Blanks Arbeit und deren in sachlichem Tonfall gehaltenen Fassade nicht nur ihre eigenen politischen Interessen, sondern die eines ganzen Apparates. Dieser ist darauf ausgerichtet, neben dem Schutz der Verfassungsorgane, den Zeitgeist im Sinne der herrschenden politischen Kultur zu unterstützen und seinen davon abweichenden Gegnern oder vermeintlichen Gegnern persönliche Nachteile zukommen zu lassen. Beispielsweise Namensnennungen in Verfassungsschutzberichten sollen ja weniger Normalbürger wirklich informieren, sondern staatlich abgesegnet, berufliche und soziale Nachteile bei den solcherart aufgeführten Personen erzeugen. Sie haben eine strafende bzw. "erzieherische" Funktion. Und auch der regelmäßige Missbrauch des "Extremismus"-Begriffes wird in Verfassungsschutzberichten wohlweislich nicht ernsthaft beanstandet, schon gar nicht mit Namensnennung von Journalisten, die diesen Missbrauch betreiben. Vor diesem Hintergrund wirkt es mindestens bizarr, wenn die Behördenmitarbeiterin Blank aus Seite 400 ihrer Arbeit "Zivilcourage" fordert, als "Gegenteil von Avancen an den Zeitgeist, als die Bereitschaft, sich unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile gegen den vorherrschenden Trend zu stellen, der eigenen Überzeugung folgend verantwortlich zu handeln".

Bemerkenswert für das "anti-extremistische" Selbstverständnis äußerte sich 2010 der Politologe Sascha Dietze in seiner Schrift "Die Ideologie der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)". Der in einer Eckhard Jesse mitherausgegebenen Publikationsreihe erschienene Band liefert eine sehr solide Einzelanalyse zur MLPD. Auf Seite 108f. tätigt Dietze aber eine interessante Äußerung zum "Extremismus" und dem "anti-extremistischen" Selbstverständnis. So, wie der "Antifaschist" ja aus dem "Nazi" den Nektar für die eigenen Existenz zieht und diesen somit immer neu entdecken und reproduzieren muss, so dient auch nach "anti-extremistischem" Selbstverständnis der "Extremist" nicht nur der eigenen

beruflichen Existenz, sondern auch der Stabilisierung der Ordnung. Der "Extremist" dient somit als Negativ-Beispiel, das man zwecks Abschreckung frei durch die Straßen ziehen lässt. Die Ordnung wird nun also, laut Dietze, gar nicht wirklich von den "Extremisten" gefährdet. Vielmehr haben diese eine stabilisierende Funktion: "Auch die Demokratie braucht Feindbilder, jedoch nicht, um diese für Schuldzuweisungen jeglicher Art zu missbrauchen, sondern um an ihren Beispielen zu verdeutlichen, wofür das demokratische System steht. Die Demokratie lebt davon, dass sich ihre Feinde artikulieren können, denn nur so ist sie in der Lage, deren Heilslehren zu entkleiden. Indem die Demokratie ihren Feinden einen Freiraum einräumt, kann sie ihre eigene Existenz sichern. Das ist der Unterschied zu einer Diktatur, die bei der Gewährung gleicher Freiräume auf kurz oder lang untergehen würde." 2011 veröffentlichten Harald Bergsdorf und Rudolf van Hüllen schließlich noch die Schrift "Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?". Bergsdorf arbeitete unter anderem als Grundsatzreferent in der Landtagsfraktion der nordrhein-westfälischen CDU und im Büro des Thüringer Innenministeriums. Das Büchlein liefert nicht viel neues, sondern vor allem einen Überblick. Es handelt sich nicht um eine wissenschaftliche Forschungsarbeit, sondern um eine primär volkpädagogische Publikation mit eindeutig politischer Zielsetzung: "Mit dem Ziel, stärker über linksextreme Denkstrukturen und Handlungsmuster aufzuklären, wendet sich das Buch stattdessen primär an junge Menschen und Eltern, aber auch an Pädagogen und andere Multiplikatoren. Es soll sie befähigen, die unterschiedlichen Formen von Linksextremismus zu erkennen und ihnen mit demokratischen Argumenten stärker entgegenzutreten. (...) Gleichwohl kann es nicht darum gehen, lediglich eine wohlfeile Ächtung nachzuholen. Vielmehr soll das Büchlein demokratisches Bewusstsein für den Umgang mit Linksextremisten schärfen (...) mit gelassener Entschlossenheit." (S.7)

4. Broschüren aus dem konservativen Spektrum mit Einzelanalysen

"Linksextreme" Strukturen und Straftaten werden regelmäßig in Artikeln der konservativen Publizistik, beispielsweise der Berliner Wochenzeitung "Junge Freiheit", thematisiert. Bisweilen kommt es aus diesem Bereich auch zum Druck größerer Broschüren, die sich Einzelanalysen widmen. In der Regel sind diese thematisch innovativ, weil es nur wenige Autoren im konservativen Bereich gibt, die überhaupt willens und in der Lage zur tiefgehenden Analyse des politischen Gegners sind. Es werden somit oft Themen behandelt, die von "anti-extremistischer" Seite umfahren werden, da diese sonst in Konflikt mit den politischen Machtelementen geraten könnten, auf deren finanzielle Unterstützung sie aber angewiesen sind. Insofern ist die zwar nur kleine Forschung aus diesem Bereich in der Regel innovativer, spannender und erkenntnisreicher als ein Großteil der behäbigen Publizistik aus dem "anti-extremistischen" Bereich. Das Institut für Staatspolitik veröffentlichte mehrere kleine wissenschaftliche Schriften zu Detailaspekten, so zum maßgeblich von der damaligen "rot-grünen" Bundesregierung initiierten "Aufstand der Anständigen" (2001), zur mit etablierten Institutionen (beispielsweise der Wochenzeitung "Die Zeit" und der "Freudenberg Stiftung) kooperierenden "Amadeu Antonio-Stiftung" (2003), zum "Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)" (2003) und zur maßgeblich von der CSU getragenen Attacke gegen die Münchner Burschenschaft "Danubia" (2008). Der "Junge Freiheit"-Redakteur Felix Krautkrämer widmete sich in zwei umfangreicheren Schriften ebenfalls Detailfragen des "Kampfes gegen Rechts". So schrieb er in "Die offene Flanke der SPD" (2008) über die Kooperation von Sozialdemokraten mit "Linksextremisten" am Beispiel des SPD-Politikers Stephan Braun. Seine Schrift "Das linke Netz" (2010) widmete sich wiederum dem "Zusammenspiel zwischen der Wochenzeitung 'Die Zeit', dem 'Netz gegen Nazis', der Bundeszentrale für Politische Bildung und der linksextremen Szene".

5. Arbeiten zum Opfer-Diskurs

Aufgrund der häufigen Opfer-Erfahrung im eigenen politischen Spektrum, widmen sich Publikationen aus dem konservativen Bereich, wenn sie sich denn einmal der "linksextremen" Thematik und des politischen Überbaus annehmen, gerne der Repression "gegen Rechts". Die Geschichten prominenter Opfer der "Political Correctness", die unterhalb der formaljuristischen Ebene für ihre Meinungsäußerungen konkrete Einbußen in ihrer sozialen Stellung und Lebensqualität hinnehmen mussten, werden dann detailliert beschrieben und analysiert. Sie ermöglichen dadurch auch Einblicke in die Mechanismen der politischen Gesellschaft, und zwar jenseits der Rechtsstaats- und Meinungsvielfalts-Rhetorik, die den real stattfindenden Kampf um Macht und Einfluss nur überdeckt. Beispiele dieser Publizistik ab dem Jahr 2000 waren der von Klaus J. Groth und Joachim Schäfer herausgebrachte Band "Stigmatisiert" (2003), Arne Hoffmans Buch "Warum Hohmann geht und Friedman bleibt" (2005) und der von Ruth Römer herausgegebene Band "Geistige Brandstifter von links" (2007) über die Geschehnisse an der Universität Bielefeld. Auch Thilo Sarrazins Buch "Der neue Tugendterror" (2014) kann diesem Opfer-Diskurs zugerechnet werden.

6. Herausragende Einzelanalysen in Buchform

Selten kommt es zu bemerkenswerten, umfangreichen und wissenschaftlich detaillierten Einzelanalysen in Buchform. Hierzu kann man Lars Normanns von Hans-Helmuth Knütter betreute Dissertation "Rechts im Spiegel von Links" aus dem Jahr 2008 rechnen, die minutiös die Geschichte, Themen und Begriffe der Zeitschrift "blick nach rechts" untersuchte. Ebenfalls umfangreich ist Karsten Dustin Hoffmanns, von Eckhard Jesse betreute, Dissertation, die sich 2011 dem "autonomen" Hamburger Zentrum "Rote Flora" widmete. Hierbei wird mit bemerkenswerter Quellenarbeit die Geschichte der "Flora-Gruppe", der Aufbau des Zentrums und dessen Mythologisierung nachgezeichnet.

Es gibt also mittlerweile einige wissenschaftliche Analysen zum Thema "Linksextremismus", doch ihre Zahl und ihre Wirkung bleiben noch sehr begrenzt. Die auch deshalb häufig von "Anti-Extremisten" und Konservativen erhobene Klage über die bereits erwähnte Ungleichbehandlung von "links" und "rechts" beruht indes auf einer Grundannahme. Sie beruht auf dem Vertrauen in das klassische "Extremismus"-Schema. Dieses ging stets von einer Legitimität der liberalen Demokratie aus, in deren Rahmen sich legitime sozialdemokratische und liberalkonservative Strömungen um die Macht streiten. Außerhalb dieses engen politischen Spektrums wurden dann häufig die "extremistischen" Feinde der Demokratie verortet. Dieser "Links-" und "Rechtsextremismus" wurde mit den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts in Verbindung gebracht. So spiegelte das "Extremismus"-Schema im Prinzip den politischen Grundkonflikt der Jahre 1917-1989 wider, also den Widerstreit zwischen dem (zunehmend amerikanisch dominierten) Liberalismus, dem Kommunismus/Marxismus und dem Faschismus/Nationalsozialismus. Es wird im klassischen "Extremismus"-Schema als eine spezifische historische Konstellation nachgespielt.

Die Fehlannahme dieses starren Schemas war indes, zu übersehen, dass auch innerhalb der Machteliten der liberalen Demokratie nicht nur edle Ziele und Prinzipien verwirklicht werden, sondern sich statt dessen handfeste Interessen und politische Einflussnahmen hinter der Fassade der demokratischen Partizipation verbergen. Die Fixierung auf die politischen "Ränder" behinderte so, dass der Blick hinter den Vorhang der liberalen

Demokratie gelenkt werden konnte. Bedrohungslagen für den politischen Souverän wurden so verdrängt bzw. umgeleitet. Ebenso wurde durch das "Extremismus"-Schema die stellenweise Übereinstimmung zwischen liberalen und kommunistischen Zielen übersehen, somit die durchaus gelungene Integration des "Linksextremismus" in das demokratische System der Bundesrepublik. "Grüne" Politikerkarrieren wie die eines Joschka Fischer, Jürgen Trittin oder Joscha Schmierer, die vom so genannten "Linksextremismus" bis in hohe Staatsämter durchmarschieren konnten, sind dabei nur die augenfälligsten Beispiele.

Die Klage über die vermeintliche Schieflage im Umgang mit "Links-" und "Rechtsextremismus" beruht also auch auf einer schiefen Optik. Sie übersieht, dass maßgebliche politische Machtgruppen ein bewusstes Interesse an dieser "Schieflage" besitzen. Das weit verbreitete Desinteresse an der Analyse des "Linksextremismus" beruht also auch darin, dass dieser von der so genannten "demokratischen Linken", also etablierten Kräften im politischen Apparat, genutzt wird, beispielsweise um politische Gegner einzuschüchtern, um die Dominanz auf der Straße und den Redaktionsstuben zu festigen, um junge Nachwuchskräfte im eigenen Geiste heranzuziehen, die dann später, durch die zumeist zwangsläufige Mäßigung des Alters bedingt, mit Nachfolgeposten an wichtigen Schaltstellen ausgestattet werden können. Nur so erklärt sich auch die immer wieder feststellbare kaum vorhandene Berührungsscheu zwischen Sozialdemokraten, "Grünen", Altkommunisten und "Autonomen" bei gemeinsamen Veranstaltungen und Demonstrationen. Selbst Frei- und Christdemokraten beteiligen sich mittlerweile vereinzelt bei "antifaschistisch" ausgerichteten Initiativen und tun sich mit der klaren Distanzierung von "Linksextremisten" schwer. (11)

Insofern ist die Klage über die vermeintliche Schieflage im Umgang mit "Links-" und "Rechtsextremismus", sofern sie von "Anti-Extremisten" wie Jesse stammt, unehrlich. Denn sie verschweigt bewusst, dass es durchaus Anknüpfungspunkte und Gemeinsamkeiten zwischen der radikalen Linken und dem liberalen Establishment gibt, sowohl in den internationalen Ambitionen, im Menschenbild, in der Skepsis gegenüber staatlicher Gewalt, in den vermeintlich humanitären Zielsetzungen des eigenen Engagements, das seine Wurzeln sowohl in einem säkularisierten Christentum wie den Ideen der französischen Revolution hat. Auch dies erklärt den eher sanften Umgang mit "Linksextremismus" und die harte Hand gegen "Rechtsextremismus" in der Bundesrepublik. Selten wird dies einmal von "anti-extremistischer" Seite so klar ausgesprochen wie 2011 von Harald Bergsdorf und Rudolf van Hüllen, auch wenn man über den Wirklichkeitswert der getätigten Aussagen trefflich streiten könnte. Der Liberale wird bei ihnen mit dem "Demokraten" begrifflich gleichgesetzt: "Gerade auch die universalen Werte der Aufklärung trennen Links- von Rechtsextremisten: Rechtsextremisten halten nichts von Freiheit und Gleichheit. Für sie bedeutet Freiheit nur, sich in eine `natürliche`, also angeblich unentrinnbare und durch biologische Fakten und historisch-kulturelle Traditionen ein für allemal vorgegebene Ordnung zu fügen. Die Vorstellung, dass Menschen unabhängig von ihrer Nationalität und Hautfarbe gleiche Rechte haben sollen, lehnen sie ab. Rechtsextremismus ist eine Ideologie der Ungleichheit. Sie fordert für die Mitglieder des eigenen Kollektivs, die nationalsozialistische `Volksgemeinschaft`, Vorrechte und wertet Außenstehende, `Andere`, systematisch ab.

Die Ebene der Ziele und Werte wirkt sich durchaus auf das Sozialverhalten aus. Linksextremisten glauben, die Welt retten zu müssen und das Gute zu verkörpern. Ihre Absichten sind – mindestens aus eigener Sicht – moralisch ehrbar und edel. Ihnen ist auch

bewusst, dass sie Werte und Ziele vertreten, die ihren Ursprung in der Französischen Revolution und in der Aufklärung haben.

Diese Rückbindung sozialrevolutionärer Ideen an humanistische Werte führt dazu, dass man unter Linksextremisten oft sehr empfindsame, persönlich sympathische Menschen findet, denen Not und Missstände nahegehen. Ihre Fähigkeit zur sozialen Empathie führt oft zu sozialem Engagement, nicht nun in ihren Politgruppen, sondern vielleicht zusätzlich in Bürgerinitiativen, in Gewerkschaften, mitunter auch in kirchlichen und karitativen Zusammenhängen. Sie kämpfen immer für irgendetwas: für das Proletariat, für sozial Schwache, für diskriminierte Ausländer, für sexuelle Minderheiten oder einfach nur für das, was sie unter Gerechtigkeit verstehen. Diese durchaus altruistischen Ziele können sich in unterschiedlichen Feldern manifestieren. Es ist dieser sozialrevolutionäre Impetus, sich mit dem alltäglichen Unrecht und der mangelnden Perfektion der existierenden Gesellschaft nicht abfinden zu wollen, der Linksextremismus für junge Menschen attraktiv machen kann. Er produziert zunächst zweifellos authentische Sozialrevolutionäre. Die Attraktivität der Botschaft hat durch die Verbrechensgeschichte des realen Sozialismus zwar gelitten, ist aber nicht grundsätzlich verschwunden.

Die unverrückbare Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Ziele und der Wunsch, sie anderen Menschen zu vermitteln – Sozialrevolutionäre verspüren eine Missionsaufgabe – verursacht bei Linksextremisten einen viel ausgeprägteren Diskursbedarf und auch eine viel stärker ausgeprägte Diskursbereitschaft als unter Rechtsextremisten. Der Rechtsextremist hält Diskussionen im Prinzip für überflüssig, weil aus seiner Sicht biologische Vorgaben und 'natürliche' Rangordnungen alle anstehenden Fragen klären.

Das hat Folgen für die Behandlung beider Extremismusformen durch Demokraten: Man kann Rechtsextremisten zwar versuchen klar zu machen, warum Rassismus nicht akzeptiert wird. Aber mit ihnen etwa über die 'Berechtigung' von Rassismus zu *diskutieren*, verbietet sich für Demokraten schon aus grundsätzlichen Erwägungen.

Der Linksextremist ist hingegen zumindest auf seiner ursprünglichen Wertebasis Freiheit-Gleichheit-Solidarität mit Demokraten *diskursfähig*. Dass er den Diskurs oftmals nicht will, ändern daran nichts." (12)

Es gibt noch einen weiteren Aspekt. Die klassische "Extremismus"-Forschung übersieht bislang möglichenfalls bewusst die Veränderungen in der modernen Massenkommunikation seit Einführung von Fernsehen und Internet. Klassische "Führer"-Figuren, Strategien und ideologische Denkmuster des 20. Jahrhunderts haben unter den veränderten Bedingungen kaum noch eine Chance. Insofern wohnt der Fixierung auf die traditionellen "Feinde der Demokratie", die "links und rechts" zu verorten seien, ein anachronistisches Element inne, wenn man nicht bereit ist, aktuelle politische Interessenlagen einzubeziehen. Längst findet die Indoktrination aus dem System selbst, aus der "Mitte" heraus, statt. Und deren Zielrichtung ist deutlich: Mitnichten geht es der stärker werdenden "Political Correctness", die mit den unter der juristischen und staatlichen Ebene liegenden Instrumentarien des Sprachverbots und der sozialen Ausgrenzung arbeitet, darum, die Freiheit des Staatsbürgers und die Offenheit demokratischer Willensbildungsprozesse zu erhalten. Kritiker konstatieren vielmehr den Umbau der weltweiten Staatenwelt in Richtung einer globalen genormten Konsumgesellschaft ohne traditionelle Bindungen an ein (Staats-)Volk, an Religion oder kulturelle Sitten als Ziel der herrschenden Machteliten. Längst ist dabei gar von "Post-Demokratie" die Rede. (13)

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt. Die Bundesrepublik ist also in ihrem ideologisch-kulturellen Überbau deutlich links dominiert. Man kann sogar von einer stark "antifaschistisch" ausgerichteten Gesellschaft sprechen. Der Publizist Thorsten Hinz hat beispielsweise 2010 auf den Zusammenhang zwischen dem geistigen Überbau der beiden deutschen Staaten und der deutschen Niederlage von 1945 hergestellt. Die Geburt von BRD und DDR geschah folglich aus dem außenpolitischen Willen der alliierten Kriegssieger, ihre Interessengebiete abzustecken. Somit stecke viel mehr Objekt-Charakter als freier Wille im ideologischen Überbau dieser Staaten: "Die Entwicklung in Deutschland und die Mentalität, die sie stützt und duldet, gehorchen dem Gesetz der Niederlage, die Tag für Tag bestätigt, erneuert und vertieft wird." (14)

Gerade für die Bundesrepublik bedeutet dies, dass viele Phänomene, die häufig mit den Begriffen "Antifaschismus", "Linksextremismus" oder "Political Correctness" beschrieben werden, auch ihre Ursache im "Wolfsgesetz" der Besiegten haben: "Auch geht es nach Abdankung der alten Macht darum, rechtzeitig die Abkehr von ihr zu demonstrieren und sich unter das Gesetz der neuen Macht zu stellen, um an ihr teilzuhaben und seelischen Halt zu finden. (...) Die Verdrängung wird ergänzt durch eine Scheinrationalisierung, das heißt, die erlittene Gewalt wird nicht nur geleugnet oder verkleinert, sie wird nach Bedarf auch als wohlverdiente Strafe oder verständliche Reflexhandlung interpretiert und in einer 'Tätervolk'- und 'Alleinschuld'-Ideologie aufgelöst. Nur um den Preis der Amnesie ist eine Versöhnung der Deutschen mit den Gegebenheiten und Zwängen möglich, unter denen sie existieren. (...) Die geistige Hauptbewegung der von ihr betroffenen ist die Flucht vor der eigenen geschichtlichen Wahrheit. Desgleichen erhoffen sie sich von den vermehrten, immer intensiveren Bußritualen eine Schmerzlinderung, die aber ausbleibt, weil die Möglichkeit der Absolution absichtlich versperrt wird." (15) Auch die Beschäftigung mit "Rechts"- und "Linksextremismus" sollte diese Rahmenbedingungen der geistigen Verfassung des Landes berücksichtigen.

Die Aufgabe künftiger Forschung zum Thema "Linksextremismus" wird also nicht umhin kommen, dass letztlich nur noch den liberalen Mainstream legitimierende "Extremismus"-Schema zu überwinden und nach ganz anderen Ursachen für die "linksextremen" Phänomene zu suchen. Hierbei werden die Erziehung im Rahmen des bundesdeutschen Schulsystems, die politische Bildung, die von internationalen Institutionen ins Leben gerufenen und über Medien verbreiteten Sprachtabus ebenso berücksichtigt werden müssen, wie die außenpolitischen und ökonomischen Machtstrukturen, die den Rahmen abstecken, innerhalb dessen in Deutschland offiziell überhaupt gedacht und gehandelt werden kann.

Gegenwärtig ist aber im Bereich der Forschung die Dominanz der "Rechtsextremismus"-Forschung, die ideologisch weitenteils im Einklang mit den globalistisch orientierten bundesdeutschen Eliten steht, noch ungebrochen. Gegenstimmen sind selten und schwach. Dennoch sind sie nicht vergeblich, wie die Arbeiten Hans-Helmuth Knütters gezeigt haben, die als wichtige Initialzündung zur Beschäftigung mit der Thematik verstanden werden müssen. Diejenigen, die heute über die mangelnde Forschung zum Thema "Linksextremismus" klagen, könnten und müssen auch diesen Umstand durch eigene Arbeiten verändern helfen. Doch dazu fehlt es wohl immer noch an vielerlei: An einer ausreichenden Zahl von Wissenschaftlern, die kognitiv in der Lage sind, zu diesem Gebiet zu forschen und zu publizieren; schließlich müssen dazu völlig neue Pfade beschritten werden, was etwas Kreativität und Disziplin voraussetzt. An Fördermitteln durch staatliche

Institutionen, Parteien und Stiftungen, die solche Forschung bezahlt macht. Letztlich an der mangelnden Motivation, sich solch anstrengender Analysearbeit auf einem nur wenig bearbeiteten Gebiet zu widmen, das vorerst nur wenig Reputation für die weitere Karriere einbringt. Die weitenteils nicht vorhandenen "Linksextremismus"-Forscher zeigen also die Schwäche und das Desinteresse augenfällig, die die Klage von der "Schieflage" mit verursachen. Und dennoch besteht diesbezüglich kein Grund zum Pessimismus. Das Tor zu diesem kaum bearbeiteten Forschungsgebiet steht offen und verspricht ein vielfältiges und spannendes Arbeitsareal, wo andere Themen längst abgegrast sind. Hierzu ist allerdings die Lösung von der schwerfälligen Fixierung auf den oberflächlich sichtbaren "Linksextremismus" nötig. Der entscheidende Teil des Pilzes ist nicht mit dem einseitigen Blick auf eine Ecke des Brotlaibs erkennbar. Um in die Tiefe zu gelangen, muss man den Boden aufgraben, aus dem der "Linksextremismus" sprießt. Man wird auf ein weitverzweigtes und hochkomplexes Wurzelgeflecht aus Institutionen, Stiftungen, Universitätsseminaren, Medienstrukturen und Interessengruppen stoßen, auf geistige Konditionierungen, Geld und Macht. Ein Abenteuer für geistige Pioniere also.

Anmerkungen

(1) Vgl. beispielsweise Echard Jesse: Linksdrall im geistigen Klima Deutschlands. Schieflage im Umgang mit Exzessen extremistischer Art, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.5.2008

(2) Stefan Michels: Enzyklopädie der Unausgewogenheit, in: Junge Freiheit, 7.3.2014; Vgl. ebenso Stefan Michels: Hilft denn keiner. Wikipedia Deutschland, in: Junge Freiheit, 14.3.2014

Nicht übersehen werden sollte zudem, dass massive staatliche Fördergelder für die Bekämpfung und kritische Erforschung von angeblichem "Rechtsextremismus" fließen, die für den Bereich der Auseinandersetzung mit "Linksextremismus" nicht existieren. So wurden 2001 bis 2006 im Rahmen des Aktionsprogramms "Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus" insgesamt 192 Millionen Euro frei gemacht. Im Anschluss wurde ab 2007 das Programm "Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie" mit jährlich 19 Millionen Euro gefördert. Hinzu kamen 5 Millionen Euro für die Förderung mobiler Interventionsteams. (Vgl. Daniel Duben: Millionen für den Linksextremismus? Fördern Projekte gegen Rechts wirklich nur eine andere Form des Extremismus?, Wiesbaden 2009, S.7)

(3) Vgl. http://www.spd-land-bremen.de/Es_bleibt_dabei_Faschismus_...html, Vgl. <http://nrw-jugend.dgb.de/themen/fr-demokratie-gegen-rechts>, Vgl. http://dkp-rheinland-westfalen.org/index.php?option=com_content&view=article&id=1292:faschismus-ist-keine-meinung-sondern-ein-verbrechen&catid=55:antifaschismus&Itemid=107 ; jeweils abgerufen am 8.4.2014

(4) Z.B. Bundesamt für Verfassungsschutz: "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten", Köln 1997; Bundesamt für Verfassungsschutz: Militante Autonome. Charakteristika, Strukturen, Arbeitsfelder, Köln 1997; Bundesamt für Verfassungsschutz: Militante Linksextremisten rekrutieren Nachwuchs. Schauplatz Schule und Jugendtreff, Köln 1999; Der Bundesminister des Innern (Hg.): Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Bonn 1990.

(5) Vgl. hierzu Claus-M. Wolfschlag: Nahtlose Übergänge? Geistiger Überbau staatlicher Gefahrenabwehr? Eine Medienanalyse zu "Antiextremismus" und "Neo-Antifaschismus", in: Josef Schüßlburner, Hans-Helmuth Knütter (Hg.): Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen Alternativen Verfassungsschutz-Bericht, Schnellroda 2007

- (6) Vgl. beispielsweise Manfred Wilke: Die DKP und die Gewerkschaften, Band 1/1989 oder Gerhard Hertel, Linksterroristische Verlautbarungen, Band 5/1993.
- (7) Indirekt trug dies auch zu dem 2002 im Grabert-Verlag erschienenen Band "Antifa heißt Gewalt" bei, denn das offenbar rechtsgerichtete "Autorenkollektiv gegen Totalitarismus" verwendete für seine teils bebilderte Übersicht viele Informationen aus dem Buch "Das 'antifaschistische Milieu'".
- (8) Herbst übernimmt allerdings auch die verharmlosende Sprache, die im "autonomen" Spektrum häufig verwendet wird. So bezeichnet er beispielsweise in seiner Chronologie Fälle von schwerer Sachbeschädigung aus dem Jahr 1988 folgendermaßen: "Zwei PKW und eine Wohnung werden in Göttingen unbrauchbar gemacht." (S.226)
- (9) Vgl. "Zerstörungswut auf dem Universitätsgelände. Der linke Geist des AfE-Turms ist umgezogen" (<http://www.freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=585>); Vgl. ebenso die von Frankfurter Antifa-Aktivisten und Absolventen des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften verfasste Strategie-Publikation "Antifa. Geschichte und Organisation". (Mirja Keller, Lena Kögler, Moritz Krawinkel, Jan Schlemmermeyer: Antifa. Geschichte und Organisation, Stuttgart 2011)
- (10) Vgl. hierzu Claus-M. Wolfschlag: Nahtlose Übergänge? Geistiger Überbau staatlicher Gefahrenabwehr? Eine Medienanalyse zu "Antiextremismus" und "Neo-Antifaschismus", in: Josef Schüßlburner, Hans-Helmuth Knütter (Hg.): Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen Alternativen Verfassungsschutz-Bericht, Schnellroda 2007
- (11) Vgl. beispielsweise Stadt Karben gegen Andreas Lichert – Teil 1 von Wiggo Mann (<http://www.sezession.de/39384/stadt-karben-gegen-andreas-lichert-teil-1.html>); abgerufen am 14.4.2014)
- (12) Harald Bergsdorf, Rudolf van Hüllen: Linksextrem - Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat, Paderborn - München - Wien - Zürich 2011, S.27ff.
- (13) Vgl. Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung". Zukunftsplan oder Weltverschwörung?, Schnellroda 2011; Vgl. Manfred Kleine-Hartlage: Die liberale Gesellschaft und ihr Ende. Über den Selbstmord eines Systems, Schnellroda 2013; Vgl. Volker Mohr: Der Verlust des Ortes, Schnellroda 2011
- (14) Thorsten Hinz: Die Psychologie der Niederlage, Berlin 2010, S.7
- (15) Ebd, S.161ff.

Bibliographie – Forschungsarbeiten zum Gebiet "Linksextremismus", "Linksradikalismus" und "Antifa" nach 2000

(Zur Forschung vor dem Jahr 2000 sei auf die umfangreiche Bibliographie in der Dissertation des Autors verwiesen: Claus-M. Wolfschlag: Das "antifaschistische Milieu". Vom "schwarzen Block" zur "Lichterkette" – Die politische Repression gegen "Rechtsextremismus" in der Bundesrepublik Deutschland, Graz-Stuttgart 2001)

Manfred Agethen, Eckhard Jesse, Erhart Neubert (Hg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, herausgegeben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Freiburg im Breisgau, Basel, Wien 2002
(Anthologie zum orthodox-kommunistischen "Antifaschismus")

Autorenkollektiv gegen Totalitarismus: Antifa heißt Gewalt. Feuer und Flamme für jeden Staat, Tübingen 2002

(Keine Forschungsschrift, aber eine viele Informationen liefernde Publikation eines nicht namentlich genannten rechtsgerichteten Autorenkollektivs. Gesamtübersicht mit vielen Original-Zitaten)

Harald Bergsdorf, Rudolf van Hüllen: Linksextrem - Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat, Paderborn - München - Wien - Zürich 2011 (Zusammenfassung für den pädagogischen Gebrauch)

Bettina Blank: "Deutschland, einig Antifa"? "Antifaschismus" als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden 2014

Sascha Dietze: Die Ideologie der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), Berlin-Münster 2010
(Detailanalyse)

Ulrich Dovermann (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, BpB Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2011
(Anthologie mit historischem Überblick)

Daniel Duben: Millionen für den Linksextremismus? Fördern Projekte gegen Rechts wirklich nur eine andere Form des Extremismus?, Wiesbaden 2009

Matthias Georg: Politik durch Recht – Recht durch Politik. Das Parteiverbot als Instrument der streitbaren Demokratie in seiner praktischen Bewährung. Eine politik- und rechtswissenschaftliche Analyse am Beispiel der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, Hamburg 2013

Klaus J. Groth, Joachim Schäfer: Stigmatisiert. Der Terror der Gutmenschen, Unna 2003
(Schilderung von Ausgrenzungsmechanismen durch angewandte "Political Correctness")

Ingo Herbst: Militanter Antifaschismus in der 1980er Jahren. Struktur - Arbeitsweise – Ideologie, Phil. Diss., Frankfurt am Main, 2012

Arne Hoffmann: Warum Hohmann geht und Friedman bleibt. Antisemitismusdebatten in Deutschland von Möllemann bis Walser, Schnellroda 2005
(Schilderung von Ausgrenzungsmechanismen durch angewandte "Political Correctness")

Karsten Dustin Hoffmann: "Rote Flora". Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden 2011 (Extremismus & Demokratie, Bd. 21)
(Detailanalyse)

Rudolf van Hüllen: Definition und Dimension, Erscheinungsformen und Kernaussagen des Linksextremismus. Überlegungen zur Prävention von Linksextremismus (Teil 1), Konrad-Adenauer-Stiftung 2012, Sankt Augustin

Rudolf van Hüllen: Definition und Dimension, Kommunikationsmethoden und Rekrutierungsstrategien im Linksextremismus. Überlegungen zur Prävention von Linksextremismus (Teil 2), Konrad-Adenauer-Stiftung 2012, Sankt Augustin

Maximilian Elias Imhoff: Antisemitismus in der Linken. Ergebnisse einer quantitativen Befragung, Frankfurt, M. – Berlin – Bern – Brüssel - New York – Oxford - Wien 2011

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutz (Hg.): Linksextremismus in NRW, Düsseldorf 2006

Institut für Staatspolitik: Der Aufstand der Anständigen. Hintergründe und Erklärungsansätze, Berlin 2001 (Wissenschaftliche Reihe, Heft 2)
(Detailanalyse)

Institut für Staatspolitik: Die Erosion der Mitte. Die Verflechtung von demokratischer und radikaler Linker im "Kampf gegen Rechts" am Beispiel der Amadeu Antonio-Stiftung, Schnellroda 2003 (Wissenschaftliche Reihe, Heft 6)
(Detailanalyse)

Institut für Staatspolitik: Kritik als Ideologie. Die "Kritische Diskursanalyse" des Duisburger Institutes für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Schnellroda 2003 (Wissenschaftliche Reihe, Heft 7)
(Detailanalyse)

Institut für Staatspolitik: Extremismus als Mode. Der Fall "Sascha Jung" und die Bekämpfung der Münchener Burschenschaft Danubia, Schnellroda 2008 (Wissenschaftliche Reihe, Heft 13)
(Schilderung von Ausgrenzungsmechanismen durch angewandte "Political Correctness")

Hans-Helmuth Knütter/Stefan Winckler (Hg.): Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr, Graz-Stuttgart 2002
(Anthologie mit historischem Überblick)

Hans-Helmuth Knütter: Antifaschismus. Der geistige Bürgerkrieg, Hamburg 2010
(Kurzer Überblick über die Entwicklung des orthodox-kommunistischen "Antifaschismus")

Felix Krautkrämer: Die offene Flanke der SPD. Der Fall Stephan Braun und die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Linksextremisten, Berlin 2008
(Detailanalyse)

Felix Krautkrämer: Das linke Netz. Das Zusammenspiel zwischen der Wochenzeitung „Die Zeit“, dem „Netz Gegen Nazis“, der Bundeszentrale für Politische Bildung und der linksextremen Szene, Berlin 2010
(Detailanalyse)

Robert Kurz: Die antideutsche Ideologie : vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten, Münster 2003

Jürgen P. Lang: Ist die PDS eine demokratische Partei? : Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003 (Jesse)

(Detailanalyse)

Jürgen P. Lang: Für eine bessere Welt? Linksextremistische Argumentationsmuster, Konrad-Adenauer-Stiftung 2012, Sankt Augustin

(Detailanalyse)

Tom Mannewitz: Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990. Ursachen für Wahlerfolge und -misserfolge, Baden-Baden 2012

Andreas Mölzer (Hg.): Vogelfrei : Beiträge zur Radikalismusdebatte, Graz 2007

(Anthologie vor allem zur Situation in Österreich)

Viola Neu: Das Janusgesicht der PDS : Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden 2004 (Jesse)

(Detailanalyse)

Viola Neu: Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche. Auswertung einer qualitativen explorativen Studie, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2012

(Detailanalyse)

Lars Normann: Rechts im Spiegel von Links. Die Zeitschrift "blick nach rechts" als Symptom politischer Kultur der Bundesrepublik Deutschland, phil. Diss., Norderstedt 2008

(Detailanalyse)

Johann Paul: Die politische Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus im Landtag Nordrhein-Westfalen von 1946 bis 2005, Düsseldorf 2007

Armin Pfahl-Traughber: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014

Ruth Römer (Hg.): Geistige Brandstifter von Links. Wie Anti-Demokraten an den Hochschulen den Ton angeben; am Beispiel Bielefeld, Graz 2007

(Schilderung von Ausgrenzungsmechanismen durch angewandte "Political Correctness")

Thilo Sarrazin: Der neue Tugendterror: Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland, München 2014

(Schilderung von Ausgrenzungsmechanismen durch angewandte "Political Correctness")

Daniel Schuch: Vom Antifaschismus zum Linksfaschismus? Die deutsche Studierenden-Bewegung der 1960er Jahre, Bachelor + Master Publ., Hamburg 2013

Anton Stengl: Antideutsche! : Entstehung und Niedergang einer politischen Richtung, Frankfurt 2012

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz: Linksextremismus in Thüringen, Erfurt 2010

Claus-M. Wolfschlag: Das "Antifaschistische Milieu": Vom "schwarzen Block" zur "Lichterkette" - Die politische Repression gegen "Rechtsextremismus" in der Bundesrepublik Deutschland, zugl. phil. Diss., Graz-Stuttgart 2001
(Gesamtübersicht)

Arbeiten zum Sondergebiet Linksterrorismus:

Irene Bandhauer-Schöffmann, Dirk van Laak (Hg.): Der Linksterrorismus der 1970er-Jahre und die Ordnung der Geschlechter, Trier 2013

Dominique Grisard: Gendering Terror. Eine Geschlechtergeschichte des Linksterrorismus in der Schweiz, Frankfurt-New York, 2011

Wolfgang Kraushaar (Hg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburger Ed., Band 1 und 2, Hamburg 2006

Wolfgang Kraushaar (Hg.): Die RAF. Entmythologisierung einer terroristischen Organisation, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2008

Gudrun Schwibbe: Erzählungen vom Anderssein. Linksterrorismus und Alterität, Münster - New York – München - Berlin 2013

Petra Terhoeven: Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre als transnationales Phänomen, München 2014